

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 71 (1996)

Heft: 12

Rubrik: Blick über die Grenzen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einsatz des eigenen Körpers – auf eindrückliche und verständliche Weise, was richtig sei. Eine Berufsarmee könne sich die Schweiz aus finanziellen Gründen nicht leisten. Eine verkleinerte Milizarmee habe Überlebenschancen.

MITTEILUNGEN DER VERBÄNDE

«Sport College» schafft Sportlern eine berufliche Zukunft

Im Herbst 1997 startet das «Hockey-College Schweiz» ein erstes Sport-College nach dem Modell einer Initiantengruppe, die sich am Dienstag in Bern vorgestellt hat. Die Gruppe will Karriere im Spitzensport sowie schulische und berufliche Ausbildung und persönliche Entwicklung künftig besser aufeinander abstimmen.

Das Modell «Sport College Schweiz» ist auf die individuellen Bedürfnisse und Ziele jedes Sportlers ausgerichtet und unterscheidet sich vom traditionellen Schulsystem. Dank Einbezug neuester Kommunikationstechnologien wie Multimedia und Internet wird eine zeitlich wie örtlich weitgehende Unabhängigkeit beim Lernen möglich. Das Modell kann deshalb nach den Ausführungen von Peter Schmid, einem der Initianten der neuen Bildungsinstitution, sowohl für Spitzen- und Elitesportler aller Sportarten wie auch für Nachwuchstalente und heutige Sporttrainer angewandt werden. Es soll künftig als «Verbands-College» für nationale Verbände oder aber als öffentliches College an verschiedenen Orten in der Schweiz betrieben werden. Der Schweizerische Eishockey-Verband SEHV wendet das Modell als erster Spitzenverband an und begründete die Schaffung eines Leistungszentrums Ost mit integriertem «Hockey-College Schweiz». Ein erstes öffentliches «Sport College Schweiz» wurde Ende August dieses Jahres mit Fussballern des FC Aarau und der Grasshoppers in Zürich gestartet.

Lernpartnerschaften

Das Lernprogramm basiert auf einer ganzheitlichen, individuellen Laufbahn- und Ausbildungsplanung und richtet sich aus nach den Bedürfnissen der angestrebten künftigen beruflichen Tätigkeit. Die Methoden zur Stoffvermittlung unterscheiden sich vom traditionellen Schulsystem, indem eine prozessorientierte, weitgehend selbstgesteuerte Ausbildung im Mittelpunkt steht, dem sich Wirtschaftswochen mit Praktika anschliessen. Zentrale Elemente im Konzept des «Sport College» bilden Lernpartnerschaften bzw das Lernteam, das von zwei oder mehreren Sportlern gebildet wird. Dieses Team wird von Lerncoaches betreut, welche entweder direkt aus dem betreffenden Sportbereich kommen oder eng mit diesem zusammenarbeiten. Im Aus- und Weiterbildungspaket des «Sport College» eingeschlossen sind jährliche bzw zweijährliche Karrierechecks sowie die Unterstützung bei der Suche nach Praktika und künftigen Stellen.

Neue Unternehmensform

Das «Sport College» wird von einer Netzwerkorganisation getragen, die aus einem Kernteam von Initianten als Trägerorganisation, verschiedenen Ausbildungspartnern und mehreren der Sportszene nahestehenden Organisationen und Firmen besteht. Die Initianten sind mit Ausbildungs- und Sportfragen vertraute Persönlichkeiten wie Peter Meier-Lüscher, dipl Handelslehrer und Bildungsmanager, Marcel Liechti, dipl Mathematiker und Informatiker, Inhaber einer Computerschule, Roland von Mentlen, dipl Turn- und Sportlehrer und Trainer, sowie Peter Schmid, ehemaliger Ausbildungsleiter der Schweizerischen Volksbank, die das Modell in enger Zusammenarbeit mit Repräsentanten von Spitzenverbänden entwickelt haben. Der Schweizerische Landesverband für Sport SLS, verschiedene grosse Spitzenverbände, die ETH Zürich sowie die Sport-schule in Magglingen unterstützen das Vorhaben.

Heinz Suter, Projektleiter «Spitzensport NKES» Nationales Komitee für Elite-Sport, begrüsst die neue Idee «Sport College» insbesondere deshalb, weil sie Rücksicht auf die Bedürfnisse des Sports und der Sportlerinnen und Sportler nimmt und deren Karriere flexibel begleitet.

Eishockey-Verband lanciert «Hockey-College»

Der erste Schweizer Spitzenverband, der die Idee des «Sport College» aufnimmt, ist der Schweizerische Eishockey-Verband SEHV. Peter Lüthi, Generalsekretär des SEHV, gab anlässlich einer Medienorientierung bekannt, dass der Verband als Patronatsträger eine «Stiftung Hockey-College Schweiz» ins Leben ruft und den Auftrag zur Projektorganisation erteilt sowie den dafür notwendigen Kredit bereitstellt. Geplant sind vorerst drei Leistungszentren (West-, Zentral- und Ostschweiz), denen weitere folgen sollen. Die Realisierung des Pilotprojektes «Ost» ist für Herbst 1997 vorgesehen. Sport College



Non olet: Die Militäranlagen in Neuchlen-Anschwilen

Die Militäranlagen in Neuchlen-Anschwilen SG sind bis Sommer 1997 bezugsbereit. Nach der denkwürdigen Abstimmung vom 6. Juni 1993 konnte das Vorhaben endlich in Angriff genommen werden. Armee- und Waffenplatzgegner hatten versucht, es mit allen Mitteln zu verhindern. Zu ihnen gehörte auch ein Josef Felix Müller, seines Zeichens Künstler, dessen Frau den «Vexer Verlag Vertrieb» betreibt. Ob das vom lateinischen «vexatio» abzuleiten ist, mag der Leser selber herausfinden.

Als die «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA) 1989 eine Kunstauktion zugunsten ihrer Abschaffungs-Initiative veranstaltete, war besagter Müller dabei. Er stimmte denn auch 1993 gegen den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen. Heute würde er angeblich nicht mehr gegen die Armee stimmen, «weil ich glaube, dass das eine Illusion ist». Begreiflich, da ihm mittlerweile die Eidgenössische Kunstkommission und das Amt für Bundesbauten den Auftrag erteilten für das Konzept «Kunst am Bau». Und das nicht etwa, wie üblich, aufgrund eines Wettbewerbs. In der Ostschweiz fragt man sich jetzt, ob der Künstler seine damaligen Aversionen gegen unsere Landesverteidigung in sein Konzept einfließen lässt. Staatsknete bewirkt ja im allgemeinen keinen Gesinnungswandel und enthebt nicht von parasitären Anwendungen: non olet. Damit die Kenntnis der näheren Umstände nicht nur auf die Region beschränkt bleibt, seien hier einige Einzelheiten notiert: Im Gesamtkredit für die Militäranlagen ist ein Betrag von 200 000 Franken für «Kunst am Bau» enthalten. Dieser Posten wird freilich nicht ganz ausreichen, ist doch noch eine Bibliothek geplant und ein «Meditationsraum». Dafür will der «Christliche Verein junger Menschen» die Finanzen bereitstellen. Für die Artothek muss noch der Lotteriefonds angegangen werden. Dort sollen die Rekruten aus etwa 100 Grafiken und Drucken etwas Passendes ausleihen können, um es während der Dienstzeit «im Bereich des eigenen Schlafraumes anzubringen».

Müller, der das Konzept erstellt hat und Künstler seiner Wahl bezieht (aus den Kantonen St. Gallen, Appenzell, Thurgau, Schaffhausen), bringt selber kein Kunstwerk ein. Immerhin glaubt er, wie der Presse zu entnehmen ist, an die «subtile Kraft der Konfrontation», möchte «den Innenraum mit verschiedenen künstlerischen Sprachen durchdringen» und «militärische Uniformität durch einen Akzent auf Pluralismus und Individualität aufbrechen». Für seine Bemühungen rechnet er mit 20 000 Franken – die auch nicht im Kredit enthalten sind.

Der 1994 an Müller erteilte Auftrag ist in aller Stille abgewickelt worden. Als Mitte 1996 die näheren Umstände bekannt wurden, regte sich Misstrauen und Kritik, sowohl gegenüber dem unüblichen Vorgehen der Kunstkommission als auch gegenüber der Person des Kunstgurus und seiner Ideen. Als Reaktion darauf kam dann Ende August eine Aktion in Gang, indem Unbekannte die Holzverkleidungen der neuen Fassaden mit Farbe beschmierten.

Ob diese auch nicht budgetierten «Arbeiten auf Holz» im Rahmen des an Müller vergebenen Auftrages als «Vorleistung» zu werten sind? Auf Überras-

schungen dürfte man weiterhin gefasst sein. Falls die Holzverschalungen zu reinigen oder zu ersetzen sind, könnte der erhebliche Aufwand wohl ebenfalls vom Kunstkredit abgebucht werden.

Ende August des kommenden Jahres soll nun die Einweihung stattfinden. Man ist gespannt, wie sinnvoll Müllers «Sinnstiftung für Rekruten» mit Steuergeldern umgesetzt wird. Pro Libertate

BLICK ÜBER DIE GRENZEN

AFGHANISTAN UND ZENTRALASIEN

Ein neues «Great Game»

Kabul ist in die Hände der Taliban-Miliz gefallen (26. 9.); die neuen Machthaber ernannten eine provisorische Regierung und stellten die Stadt unter islamisches Recht. Die Milizen trafen jedoch weiter nördlich auf den Widerstand der Truppen General Dostums und Massuds, wobei ihr Vorstoss offensichtlich zum Stillstand kam.

Analyse: Ein Blick auf die Karte Afghanistans genügt, um die geopolitische Bedeutung dieser Region für eine ganze Reihe von Ländern zu ermessen. Seit dem 19. Jahrhundert blieb das «Spiel» unverändert, obschon die Akteure gewechselt haben. Der erste Eindruck trägt, wenn man glaubt, es gehe hier um ideologische Fragen: Gekämpft wird um die Kontrolle von Räumen und Zugangsachsen, die im Interessensbereich unterschiedlicher Staaten liegen. Aus der neuen – allerdings für die Taliban noch sehr unsicheren – Konstellation scheint Pakistan als Gewinner hervorzugehen; Islamabad hat auch das neue Regime von Kabul sofort anerkannt. Nicht zu ihren Gunsten hat sich die Lage für Russland und Iran entwickelt. Deshalb sind die Analysen aus Moskau, die die Gefahr einer Destabilisierung der ganzen Region befürchten, mit Vorsicht aufzunehmen: Die düsteren Prognosen dienen nicht zuletzt zur Verschleiерung der eigenen strategischen Interessen (was aus russischer Sicht durchaus legitim ist). Moskau sucht in der zentralasiatischen Region den grösstmöglichen Einfluss zu wahren – dort, wo es schon im letzten Jahrhundert mit dem Rivalen England konkurrierte. Jene Analysen treffen zu, die die Gräben zwischen den ethnischen Gruppen in der Region hervorheben und darauf verweisen, dass trotz islamischer Gemeinsamkeiten solche Spannungen nicht überdeckt werden: So haben zum Beispiel die Taliban keine guten Beziehungen zu den Tadschiken.

Es ist sicherlich richtig, dass die Lage in Afghanistan wie eine Schockwelle destabilisierend auf die Region wirken kann, doch solche Unruhen stehen mit anderen lokalen Faktoren in Verbindung und haben nicht einfach mit der ideologischen Überzeugung der «islamischen Studenten» zu tun. Bemerkenswert war die Besorgnis Chinas, die islamistischen Strömungen könnten die schon vorhandenen Spannungen in der eigenen Grenzregion von Xinjiang verstärken. Letzten Monat hat Präsident Jiang Zemin anlässlich seines Besuches in Tadschikistan ein Regierungsabkommen unterzeichnet, um die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu verstärken und die Entstehung nationalistischer oder religiös-militanter Bewegungen zu verhindern. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Protestdemonstrationen gegen die chinesischen Behörden in Xinjiang den Islam als Träger nationaler Identität auf ihre Fahnen geschrieben haben. Der Fall «Afghanistan» ist in ein komplexes Spiel eingebunden.



AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Eine kurze Umschau

● **Konflikte in der Welt:** Laut jüngster Ausgabe des SIPRI-Jahrbuches (Stockholm International Peace Research Institute) waren 1995 sämtliche

30 Konflikte innerstaatlicher Art. Zwar sind die weltweiten Rüstungsausgaben weiter gefallen, doch im Mittleren Osten und Südostasien blieben sie auf einem hohen Stand. Das Risiko eines nuklearen Schlagabtausches ist in den vergangenen Jahren kleiner geworden; allerdings hat die Gefahr der Proliferation von Massenvernichtungswaffen zugenommen.

- **Nato:** Die atlantische Allianz fasst mit den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas ein ähnliches Programm wie Partnership for Peace (PFP) ins Auge (Mauretanien, Marokko, Tunesien, Ägypten, Jordanien und Israel); über Details ist noch nichts Näheres bekannt. An der Aussen- und Verteidigungsministertagung des Bündnisses im Dezember soll darüber ein Papier präsentiert werden (Defense News 14. – 20. 10. 96).
- **Russland:** Alexander Lebed ist von Präsident Jelzin seiner Ämter enthoben worden (17. 10.). An seiner Stelle wurde Iwan Rybkin zum Sekretär des nationalen Sicherheitsrates wie auch zum Sonderbeauftragten für Tschetschenien ernannt. Unbesetzt bleibt derzeit – und vermutlich auch künftig – die Stelle eines Beraters für nationale Verteidigungsfragen. Die jüngsten Entwicklungen im Kriml scheinen offensichtlich die Stellung des Chefs der Präsidentenadministration, Anatolij Tschubajts, zu stärken.
- **Weissrussland:** Die Regierung von Alexander Lukaschenko greift in den vergangenen Monaten immer mehr zu autoritären Massnahmen; auch dürfte sich Weissrussland kaum schon im kommenden Jahr der Nuklearwaffen entledigen, wie es ursprünglich vorgesehen war.
- **Bosnien-Herzegowina:** Die Kommunalwahlen sind auf Frühjahr 1997 verschoben worden (22. 10.). Immerhin beginnen sich nun die Serben an den Arbeiten des bosnischen Präsidialkollegiums zu beteiligen.



BOSNIEN-HERZEGOWINA

Kommunalwahlen im November fraglich?

Der Leiter der OSZE-Mission und der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte glauben, dass die auf November angesetzten Kommunalwahlen in Bosnien-Herzegowina auf Frühjahr verschoben werden müssen. Als Gründe werden sowohl die ungenügende Beachtung der Menschenrechte als auch die ungünstigen technischen Rahmenbedingungen im Winter angeführt. Eine Entscheidung darüber wird noch diese Woche fallen. Offen bleibt zudem die schwierige Frage, nämlich wie sichergestellt werden kann, dass die Gewählten auch in der Lage sein werden, in ihrer Wahlgemeinde die Verantwortung wahrzunehmen. Dies gilt insbesondere für Muslime, die zum Beispiel in einer Gemeinde der serbischen Republik gewählt würden. Diesbezüglich ist der fortgesetzte serbische Boykott gegenüber den kommunalen Institutionen, die seit den Wahlen im vergangenen Monat eingerichtet wurden, nicht sehr ermutigend. Das serbische Präsidiumsmitglied weigert sich noch immer, in Sarajewo den Amtseid zu leisten und macht die Teilnahme an der konstituierenden Sitzung von der Durchführung auf serbischem Gebiet abhängig. Darüber hinaus hat der Chef der Serbischen Demokratischen Partei (SDS) – und zugleich Aussenminister der serbischen Republik – am 14. Oktober erneut betont, dass die Unabhängigkeit von der kroatisch-muslimischen Föderation und die Vereinigung mit Serbien Ziele seiner Bewegung bleiben.



FRANKREICH

Mit dem Attentat korsischer Nationalisten gegen das Rathaus von Bordeaux in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober wird ein lange befürchteter Prozess eingeleitet: das Übergreifen der Gewalt auf das Festland. Die korsischen Extremisten gehen dieses grössere Risiko ein, um ein stärkeres Medienecho zu erzielen, als dies mit den auf der Insel zur Tagesordnung gehörenden Gewaltakten möglich ist.

Zentralstelle für Gesamtverteidigung



KASPISEE

Ein Meer im Brennpunkt zwischenstaatlicher Beziehungen

Analyse: Ein vom Centre de recherche sur l'Asie moderne (Genf) organisiertes Kolloquium hatte sich am 30. September dieser Thematik angenommen. Wie aktuell die Frage ist, zeigten die in Baku vor einigen Tagen vom russischen Erdölkonzern LUKOIL geführten Verhandlungen über die Erschliessung neuer Erdölfelder in dem Kaspisee.

In einer ersten Standortbestimmung zeigte sich, dass die dort vermuteten Öl- und Gasressourcen je nach Quellen unterschiedlich hoch ausfallen. Unbeachtet werden oder nicht – sie sind jedenfalls Gegenstand der Begehrlichkeit internationaler Gesellschaften. Wie Frédéric Grare (Programme d'études stratégiques et de sécurité internationale) hervorhob, bieten die Ressourcen den neuen unabhängigen Staaten eine Chance – insbesondere Aserbaidschan –, ihre Selbständigkeit abzusichern. Seitens Moskaus können diese Bemühungen, die zur wirtschaftlichen Entwicklung und zugleich zur Stabilisierung dieser Region beitragen, nicht anders als gutgeheissen werden. Russland will aber diese Staaten gleichzeitig in seinem Einflussbereich halten, indem es als Schutzmacht auftritt und die dort vorhandenen Energievorräte kontrollieren möchte. Von Bedeutung wird auch die Führung der Erdöl- und Erdgasleitungen sein und die Frage, wie künftig der noch unbestimmte rechtliche Status des Kaspisees geregelt wird. Wie der Jurist Cesare Romano bemerkte, versuchen die Anrainer mit unilateralen Verträgen von diesen Unsicherheiten zu profitieren (wie ein Abkommen zwischen Aserbaidschan und einem internationalen Konsortium zeigt). Ein solcher Zustand könnte eine Gefahr für den Frieden und die regionale Sicherheit darstellen.

Gemäss Analyse von Prof Mohammed-Reza Djilili (Genf) decken sich zurzeit in diesem Raum russische und iranische Interessen, indem beide gemeinsam die den Anrainerstaaten zugehörigen Vorräte offshore erschliessen möchten. Zu den Ländern, mit denen Teheran ungetrübte Beziehungen pflegt, gehört Turkmenistan (Turkmenistan will aus der Isolation ausbrechen, Iran wünscht einen Zugang nach Zentralasien). Was Aserbaidschan betrifft, so sind die Beziehungen zu Teheran – trotz Gemeinsamkeiten – etwas vielschichtiger und unbeständiger. Iran wurde nämlich im April 1995 (auf amerikanischen Druck) von einem internationalen Erschliessungskonsortium in Aserbaidschan ausgeschlossen, und in Baku wird von gewissen Kreisen das pan-aserische Gedankengut gepflegt (Iran hat einen bedeutenden aserischen Bevölkerungsanteil).

Falls die Ressourcen des Kaspisees und der benachbarten Regionen tatsächlich den Erwartungen entsprechen, dürfte dies zu einer Verminderung der Energieabhängigkeit vom Mittleren Osten führen. Und, so folgerte Grare weiter, wenn Russland die Kontrolle über dieses Gewässer festigt, könnte es – mit seinen darüber hinaus enormen Vorräten in Sibirien – im nächsten Jahrhundert zum grössten Energielieferanten der Welt aufrücken. Dies würde Moskau auch die politischen und finanziellen Mittel geben, wieder erneut eine Stellung als Supermacht zu erlangen.



NAGORNYJ KARABACH

Ein ungelöster Konflikt

Analyse: Seit Mai 1994 dauert – trotz sporadischer Verletzungen 1995 – der Waffenstillstand an. Dabei darf nicht vergessen werden, dass 20% des aserbaidschanischen Territoriums von armenischen Truppen aus Karabach kontrolliert werden. Anlässlich des Treffens der sechs turksprachigen Länder in Taschkent vom 21. 10. erklärte der aserbaidschanische Präsident Alijew, dass er dieser Region die grösstmögliche Autonomie zugestehen werde; gleichzeitig bekräftigte er aber auch, dass «Nagornyj Karabach nie unabhängig sein werde». Die Verhandlungen unter der Leitung der «Minsker Gruppe» der OSZE sind schwierig, weil beide Parteien kaum bereit sind, in den wesentlichen Fragen einem Ver-

gleich zuzustimmen. Während auf diplomatischer Ebene verhandelt wird, rüsten beide Seiten militärisch auf: Die selbsternannte Republik Nagornyj Karabach verfügt dank russischer und armenischer Hilfe über eine gut ausgerüstete Armee von 20000 Mann; die aserbaidschanischen Streitkräfte wollen dagegen mit türkischer Militärhilfe die erniedrigende Niederlage rächen. Baku unternimmt grosse Anstrengungen, auch die Qualität seiner Bewaffnung, von der grosse Bestände in diesem Konflikt verloren gingen, zu verbessern (Luftwaffe, Artillerie usw.) (Jane's Defence Weekly, 16. 10. 96).



NAHOST

Rasche Modernisierung der israelischen und ägyptischen Marine

Das erste der drei in deutschen Werften gebaute Unterseeboot des Typs «Dolfin» hat bereits seine Jungfernfahrt bestanden. Diese Information stammt vom Kommandanten der israelischen Marine, General Alex Tal. Anlässlich des alljährlich begangenen «Tags der Marine» informierte General Tal die eingeladenen Militärkorrespondenten auch über den Prozess einer weiteren Modernisierung der Schiffe. Die Boote vom Typ «Saar 5» sind heute mit hochmodernen elektronischen Mitteln sofort einsatzbereit. Das Projekt zum Bau von neuen Raketenbooten vom Typ «Nirit» steht knapp vor Baubeginn. Fünf neue Helikopter des Typs «Atalef» («Fiedermaus»), die von grösseren Booten aus operieren, haben kürzlich ihren Dienst innerhalb der Marine aufgenommen. Es laufen Verhandlungen mit ausländischen Firmen, die bisherigen Aufklärungsflugzeuge vom Typ «Schachaf» («Möve») mit moderneren Flugzeugen auszutauschen. Den Militärkorrespondenten wurde das neue Bordgeschütz «Taifun» vorgeführt, mit dem die Marine ausgestattet werden wird.

Hinsichtlich der Marine der arabischen Nachbarn erwähnte General Tal den eindrucksvollen Weiterausbau der ägyptischen Marine, die letzters mit westlicher anstatt sowjetischer Technologie ausgestattet wird, und die bereits zusammen mit Einheiten der USA-Marine gemeinsame Manöver vollzogen hat. Hingegen hat bis jetzt die nicht unbedeutende syrische Flotte auf westliche Ausrüstung verzichtet, offenbar angesichts der niedrigen Preise und der raschen Lieferung russischer Kriegsschiffe. Syrien hat letzters zwei U-Boote vom russischen Typ «Kilo» erworben; die gleichen neuen, russischen U-Boote befinden sich bereits in Händen der iranischen Marine.

Was die Beziehungen mit der jordanischen Flotte im Roten Meer betrifft, bezeichnete Tal diese als «besonders herzlich». Eine direkte Telefonverbindung besteht zwischen den beiden Flottenkommandanten Jordaniens und Israels. Ebenso betonte General Tal die guten Beziehungen zwischen dem Befehlshaber der palästinensischen Seepolizei im Autonomiegebiet von Gaza. Reuven Assor, Jerusalem



NATO

Mit Moskau die Erweiterungsbedingungen abstimmen

Da Russland spürt, dass eine Osterweiterung nicht zu verhindern ist, erhebt man in Moskau zumindest Anspruch auf eine Mitsprache über die Modalitäten. Kürzlich hat General Lebed bei seinem Besuch des Nato-Hauptquartiers in Brüssel vorgeschlagen, dass die Nato vor einer Erweiterung zuerst ihr strategisches Verhältnis zu Russland neu ordnen solle. Es gibt Mutmassungen, dass Russland selbst ein Abkommen mit Brüssel anstrebt, welches Garantien für eine Lösung der eigenen Sicherheitsprobleme enthält. Klar ist schon jetzt, dass die Nato-Bindung baltischer Staaten in Moskau als eine Provokation empfunden würde und deshalb im Augenblick ausgeschlossen wird. Bemerkenswerterweise haben aber die Meinungsverschiedenheiten rund um die Erweiterungsfrage keinen Einfluss auf die Fortentwicklung der Beziehungen zwischen dem Bündnis und Russland (Defense News, 7. – 13. Oktober 1996).



NORDIRLAND

Der Doppelschlag gegen das Hauptquartier der britischen Armee in Nordirland (7.10.) zeigt, dass die IRA nicht beabsichtigt, ihre Operationen zu beenden. Mit dem Vorfall ist der Erfolg der Gespräche über die Beilegung des langwierigen Konflikts noch mehr gefährdet.



ÖSTERREICH

Streit um die Geheimdienste

Seit Monaten ist in Österreich ein innenpolitischer Streit um die Geheimdienste im Gang. Staatspolizei, Abwehramt und Heeresnachrichtenamt sollen einer Reform unterzogen werden. Die sozialdemokratische Regierungspartei will vor allem das Nachrichtenamt des Bundesheeres dem Verteidigungsminister (gestellt von der Volkspartei) entziehen und unter ihre Kontrolle bringen.

Man war sich innerhalb der Regierungspartner SPÖ und ÖVP schon vor Regierungsantritt einig, dass die Nachrichtendienste allgemein unter einer strengen demokratischen Kontrolle geführt werden sollten. Vor allem die im Innenministerium organisierte Staatspolizei, unter anderem mit den Aufgaben der Wahrnehmung des Staatsschutzes und der Abwehr von organisiertem Verbrechen befasst, liess immer wieder Mängel erkennen. Die Vorlieben der Sozialdemokraten für alles Militärische sind hingegen immer sehr gering gewesen. Wenn es aber um Macht geht, und Information ist eben ein Mittel dazu, da hat sie stets besondere Ambitionen gezeigt.

Schon im Sommer war Einigung erzielt worden, die drei Geheimdienste nicht mehr getrennt arbeiten zu lassen, sondern der «gesamten Regierung besser nutzbar zu machen». Als Lenkungsorgan soll ein «Staatsschutzrat» gebildet werden, dem neben den Chefs der drei Geheimdienste folgende Personen angehören sollen: ein Staatssekretär im Bundeskanzleramt (von der SP gestellt), der Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit (Innenministerium), der Generaltruppeninspektor des Bundesheeres und der Generalsekretär des Auswärtigen. Doch jüngst stellten die sozialdemokratischen Verhandler eine Forderung, die wie eine innenpolitische Bombe platzte: Man wolle das dem Verteidigungsministerium unterstellte Heeresnachrichtenamt (der militärische Aufklärungsdienst, der mit Auslandsaufgaben beschäftigt ist und international einen sehr guten Ruf genießt) auflösen. Gerade jene Heeresdienststelle, die mit exzellent ausgebildeten und erfahrenen Militärs geführt wird, technisch vorzüglich ausgerüstet ist und die zum Beispiel im Jugoslawienkonflikt der Bundesregierung ausserordentlich wertvolle Unterlagen zur Verfügung stellte, soll dem Einfluss des Heeres entzogen werden. Statt dessen will man einen Auslandsnachrichtendienst unter Leitung des (sozialdemokratisch geführten) Bundeskanzleramtes errichten, der neben militärischer Aufklärung auch den Kampf gegen die organisierte Kriminalität betreiben soll. Die Staatspolizei und das Abwehramt des Bundesheeres (zuständig für die Inlandsaufklärung) sollten im übrigen unverändert bleiben, jedoch in Inlandsnachrichtendienst und Militärischer Abwehrdienst umbenannt werden. Ein nicht uninteressanter Aspekt dabei ist, dass im traditionell nach Parteizugehörigkeit besetzten Österreich bisher das Heeresnachrichtenamt mit Führungskräften, die der ÖVP zuzurechnen sind, ausgestattet ist, hingegen die Staatspolizei und das Heeresabwehramt mit Personen in führenden Positionen besetzt sind, die der SPÖ nahestehen.

Es war deshalb nicht nur aus sachlichen Erwägungen naheliegend, dass der kleinere Regierungspartner heftigen Widerstand gegen die Auflösung des Heeresnachrichtenamtes ankündigte. -Rene-



Geheime US-Waffenlager beseitigt

Zu Jahresbeginn war ein Geheimnis gelüftet worden, das tatsächlich für grosse Überraschung in Österreich sorgte: Die USA hatten Anfang der fünfziger Jahre auf dem Gebiet des damals besetzten Österreich rund 80 Waffenlager eingerichtet, dies aber nicht der Bundesregierung mitgeteilt. Nunmehr sei es im Verlauf von Aufräumungsarbeiten in ameri-

kanischen Archiven zu diesen «Entdeckungen» gekommen, teilte die amerikanische Botschafterin in Wien dies mit dem Ausdruck des Bedauerns den österreichischen Behörden mit. Man habe damals eine sowjetische Invasion befürchtet und entsprechende Vorkehrungen für einen Widerstandskampf getroffen. Eine Liste mit den Lageskizzen über alle 85 Lager wurde nun gleichzeitig Österreich übergeben.

Kurz darauf bestätigte der österreichische Verleger und ehemalige Widerstandskämpfer Fritz Molden, dass er von den Waffenlagern gewusst und daran mitgearbeitet habe. Die Planungen seien seit 1948 gelaufen und man habe die Regierung nicht informiert, da diese damit nicht in Zusammenhang gebracht werden durfte.

Bundeskanzler Vranitzky setzte daraufhin eine Historikerkommission ein, die sich mit der Aufklärung der damaligen Vorgänge und Hintergründe zu befassen hat.

Systematisch wurde nun mit der Suche der Lager begonnen, von denen einige zufällig bereits im Verlauf der vergangenen Jahre entdeckt worden waren. Man konnte bis Ende September nun alle diese Depots finden. Das grösste wurde im Grossraum von Maria Zell gefunden: es enthielt 450 Kilogramm Sprengstoff, 225 Granaten, 80 Gewehre, 15 Maschinenpistolen, 10 Pistolen, 30000 Schuss Munition, drei Mörser sowie Erste-Hilfe-Pakete, Kompass und Feldstecher. Viele Waffen und Kampfmittel waren in einsatzfähigem Zustand. Ähnlich zusammengesetzt waren die anderen Lager.

Damit scheint wieder ein Kapitel der österreichischen Nachkriegsgeschichte aufgearbeitet zu sein. Der Abschluss der Arbeiten der Historikerkommission steht aber noch aus. -Rene-



Katastrophenübung «Exercice 96»

Das Ereignis der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahre 1986, wie es sich auf Österreich ausgewirkt hat, war die Annahme einer internationalen Katastrophenschutzübung. Vom 23. bis 27. September wurde in einem Raum vom nördlichen Niederösterreich über die Bundeshauptstadt bis in das nördliche Burgenland gemeinsam von Tschechen, Slowaken, Ungarn und Österreichern geübt. Besondere Schauplätze waren die Grenzübergänge Berg, Hohenau, Drasenhofen, Klein-Haugsdorf, der Flughafen Wien-Schwechat und der Truppenübungsplatz Allentsteig. Im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden erprobte man zivile und militärische Einsatzstrukturen, um für ähnliche Fälle gerüstet zu sein. Die Bandbreite der Massnahmen reichte von der Alarmierung des Krisenmanagements und der Analyse der Szenarien über die Aktivierung der Warzentralen, den Einsatz von Strahlenspürtrupps und dem Errichten von Dekontaminationsplätzen bis zur Strahlenüberwachung an den Grenzen und zur Erstellung eines aktuellen Lagebildes als Grundlage für Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Von österreichischer Seite nahmen neben den ABC-Abwehreinheiten des Bundesheeres die Rettungsorganisationen, die Feuerwehren sowie Gendarmen und Zollwache teil. Wissenschaftliche Unterstützung boten dabei das Reaktor-Forschungszentrum Seibersdorf und die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik.

Alle praktischen Erfahrungen und Lehren aus dem Reaktorunfall in der Ukraine wurden dabei in die Gegenwart übertragen. Nicht nur die internationale Zusammenarbeit, sondern auch das nationale und regionale Krisenmanagement wurden einer Probe unterzogen. Weil man wusste, dass es jeden Tag wieder geschehen könnte, nahm man alle Aktionen mit besonderer Gewissenhaftigkeit wahr. -Rene-

LITERATUR

Uniformen und Rüstungen.

Ein Bildlexikon. Louise Tucker (Hrsg.). 64 Seiten. Motorbuch Verlag. Stuttgart 1996.

Der grossformatige, reich illustrierte Band stellt auf

jeweils einer Doppelseite eine typische Uniform, deren Bestandteile oder die Vielfalt einzelner Uniformstücke aus verschiedenen Epochen der Weltgeschichte in Kurzbeschreibungen und Bild vor. Er beginnt mit dem Helm, den Sandalen, den Beinschienen, der Tunika, dem Dolch und dem Gürtel eines römischen Legionärs. Uniformen der Ritter, Samurai, Arkebusiere, der Soldaten aus dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, Husaren, Epauletten, Orden und Ehrenzeichen, Marineuniformen aus der Zeit Lord Nelsons, Uniformen der amerikanischen Bürgerkriegsparteien Nord und Süd, der Wehrmacht und Tarnbekleidungen aus der Neuzeit sind nur einige Beispiele, die hier dargestellt werden.

Die Aufmachung ist sowohl textlich wie bezüglich Illustrationen gefällig, abgesehen von einigen unglücklichen oder gar fehlerhaften Bezeichnungen (zum Beispiel bei der Uniform eines US Navy Offiziers). Gleichzeitig zeigt der Band aber auch auf, wie problematisch eine willkürliche Auswahl bzw Nichtberücksichtigung anderer Uniformen (zB Uniformen der Alliierten des 2. Weltkrieges) sein kann. Es hätte in einer Einleitung gesagt werden müssen, nach welchen Gesichtspunkten die hier vorgelegte Auswahl erfolgt ist. J. Kürsener



Mira Beham

Kriegstrommeln, Medien, Krieg und Politik

Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München, April 1996

In einem Vorwort schreibt Peter Glotz: «Dieses Buch wirft ein für moderne Demokratien entscheidendes Problem auf: Internationale Krisenkommunikation in der telematischen Gesellschaft.» Die Münchner Journalistin Mira Beham untersucht mit grosser Sachkenntnis die explosive Wechselwirkung von Medien und Politik. Mehrere Beispiele zeigen deutlich die Problematik der Arbeit der Journalisten. Die Autorin schildert die Zusammenhänge in klar aufgebauten Kapiteln sach-, aber auch zeitgerecht. Die Anfänge der Kriegsberichterstattung bis zum Zweiten Weltkrieg, von Vietnam bis Haiti, dann sogenannte «verschwiegene Kriege» wie ebenso der «Krieg in den Köpfen». Ein besonderer Abschnitt umschreibt die «Medien als Brandstifter», insbesondere die Parteinahme der deutschen Medien zur Lage in Kroatien, ferner das teilweise widersprüchliche Verhalten der internationalen Medien zum Kriegsgeschehen in Bosnien-Herzegowina. Mira Beham analysiert wie folgt: «Krisenkommunikation in den westlichen Medien führt regelmässig zu Medienkrisen, die ausgelöst werden durch Diskussionen über die Verantwortung von Journalisten, über Defizite in der Berichterstattung, über Glaubwürdigkeit von Informationen und vieles mehr.»

Die Verfasserin, Publizistin, ehemalige Dozentin an der Deutschen Journalistenschule in München sowie Lehrbeauftragte an der Universität und der Bayerischen Presseakademie, schreibt informativ und stets aber auf Grund ehemaliger wie aktueller Geschehnisse. Anmerkungen zu den einzelnen Kapiteln sowie eine umfangreiche Literaturauswahl ergänzen diese interessante und lesenswerte, aufklärende Arbeit, welche zudem als Geschichte der Kriegsberichterstattung gewertet werden kann. Abschliessend der vielzitierte Ausspruch vom amerikanischen Senator Hiram Johnson im Jahre 1917: «Das erste Opfer im Krieg ist die Wahrheit.» KI



Peter Scholl-Latour

Schlaglichter der Weltpolitik

Die dramatischen neunziger Jahre
368 Seiten
Gebunden, mit Schutzumschlag
DM 39.80, ÖS 295.-, Fr. 39.80
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1996

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Auflösung der Blöcke ist die Welt erneut in Bewegung geraten. Überall entstanden und entstehen neue Konfliktherde. Peter Scholl-Latour ist wie kein anderer mit vielen Ländern und Kontinenten vertraut. In seinem Buch «Schlaglichter der Weltpolitik» berich-